

# Ober-schlesische Zeitung

Samstagnummer 60000 M.

## Das Volksblatt für Stadt und Land

Eingangsnummer 50000 M

Erscheint wochentags. Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatl. 485000 M. Ausgabe B ohne illustrierte Beilage monatl. 475000 M. Anzeigengebühren: Hofanlagen: Die

Rebation-Vertrur  
Deuthen 459

Pro fide  
et patria

Geschäftsstellen-Vertrur  
Deuthen 56

10 postige Millimeterzeile oder deren Raum 20000 M. Oberbleifen 25000 M. Außerhalb Oberfl. 40000 M. Retamzeile nm 100000 M. Redation und Geschäftsstelle Deuthen D.-S., Biefarstraße 9.

### Neueste Nachrichten.

Reichsfinanzler Dr. Stresemann hat gestern die Rückreise nach Berlin angetreten.

Die Franzosen richteten hier Besondereinsparungsstellen ein, die den Deutschen abgenommenen Lebensmittel an die Bevölkerung bis 50 Prozent billiger als die deutschen Geschäfte abgeben.

Die Nachricht über eine vorübergehende Aufhebung der Wertpapierzölle am 25. und 26. 8. beschäftigt sich nicht, vielmehr wird die Sperre, durch die zum Teil neu eingetroffenen französischen Gendarmenvereinigungen in außerordentlich verstärkter Form durchgeführt.

Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei ist auf den 22. September nach Berlin einberufen worden. Beratungsgegenstand ist die politische Lage.

Die Hauptgeschäftsführer der Landbundesorganisationen werden zu einer außerordentlichen Tagung am Dienstag, 23. August, vormittags 10 Uhr im großen Sitzungssaal des Reichslandbundes in Berlin einberufen.

Das Komitee des Arbeiterverbandes des Staates Pennsylvanien hat beschlossen, die Forderung um 1. September die Arbeitslosigkeit zu besetzen. Es wurde ein Streikdienst von 4000 Arbeitern gebildet, die während der Dauer des Streiks die Unterhaltung der Straßen zu besorgen haben werden.

Das Ernährungsrat der Stadt Berlin teilt mit: Infolge der vom Spätsommerausbruch festgestellten, beträchtlichen Erhöhung der Löhne sowie weiterer Steigerungen in den Produktions- und sonstigen Kosten erhöht sich der Preis des kommunalen Großbrotes vom 27. August 1923 ab auf dreieinhalb Reichsmark pro 1000 Gramm, das auf dreieinhalb Reichsmark pro 1000 Gramm auf dreieinhalb Reichsmark pro 1000 Gramm.

### Die Wirtschaftskrisis.

Nach dem Volks-Anzeiger steigt die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen täglich. In Dresden hat sie bereits die Zahl von 200 000 überschritten, damit ist die Arbeitslosigkeit während der Deutlichmachung erreicht. Mehr als tausend Angehörige von Betriebsstilllegungen sind bereits in diesem Monat beim Arbeitsministerium gemeldet worden.

### Keine Milderungen in der Steuererhebung.

Demold, 27. August. Die Abordnung der Handelskammer Hannover, die beim Reichsfinanzler und den maßgebenden Regierungskreisen zur Frage der Steuererhebungen und der Kreditgabe vorstellig geworden ist, hat folgendes Resultat mitgebracht: Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß auf steuerlichen Gebiet irgendwelche Vergünstigungen eintreten können. Die Steuererhebungen werden mit aller Schärfe durchgeführt werden. Dagegen sind Verhandlungen in der Richtung einer erweiterten Kreditgabe durch die Reichsregierung möglich. Das illegale Fabrikatengeld muß demnach aus dem Verkehr verschwinden. Es soll nur noch das von den wirtschaftlichen Körperlichkeiten herausgegebene durch die Reichsregierung in den Verkehr gebrachte Einheitsgeld gültig bleiben.

### Auflösung des bürgerlichen Ordnungsdienstes in Dresden

Dresden, 27. August. Der bürgerliche Ordnungsdienst in Dresden ist vom Polizeipräsident auf Grund des Paragraphen 2 des Reichsvereinigungsabkommens in Verbindung mit Artikel 124 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Bekanntlich war vor kurzem ein Teil des bürgerlichen Ordnungsdienstes von der Polizei verhaftet worden, weil er im Besitz von Waffen (Gummikugeln, Dolchen, Schlägen etc.) angetroffen war. Demnach ist die Auflösung besonders deswegen, weil die Satzungen des bürgerlichen Ordnungsdienstes Wort für Wort denen des proletarischen Selbstschutzes in Leipzig nachgebildet worden sind, an dessen Auflösung in Sachsen natürlich niemand denkt.

### Gedanken über die letzte Reichstagstagung.

Justizrat Gullische schreibt uns: Die letzte Reichstagstagung sollte Mittel und Wege gegen den katastrophalen Sturz der Mark finden und eine Gesundung unserer elenden Finanzen beschließen. Kaum war die Einberufung des Reichstages bekannt geworden, so erschien in der Germania ein Artikel, der die Wankung Gullisches verlangte und zugleich den früheren Reichsfinanzler Dr. Wirth in lobende Erinnerung brachte. Wenn auch die Parteiführer nicht oder weniger bestimmt abwinkeln und der Sturz der Mark für ein Ziel für ein stanzweises unangenehm sei, so war doch vorausgesetzt, daß der Reichstag über den Vorstoß seiner Zusammensetzung hinaus sich mit Personennamen beschäftigen werde. Zunächst hatte es allerdings den Anschein, als ob ein stanzweises nicht beschloß wäre. Kaum waren jedoch die Steuererträge mit ihrer geradezu brutalen Verletzung des Volkes angenommen, da führte die Sozialdemokratie den Sturz der Regierung herbei, indem sie dem Reichsfinanzler ihr Mißtrauen ausprobierte und zugleich durchblättern ließ, daß sie zum Eintritt in die Regierung bereit sei. Innerhalb 24 Stunden war das langjährige Ministerium der großen Koalition mit Stresemann an der Spitze geschieden. Eine solche Wende - die Wende zum Vornehmen der Deutschen Nationalen und Kommunisten, auf deren Zustimmung man ja soeben nicht rechnete, waren eingetreten und in der Presse wurde besonders lobend hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie das Opfer gebracht habe in dem großen Ansturm der Revolution. Das Ministerium der großen Koalition wurde vollständig mit ganz anderen Mätern aufgestellt, als das Ministerium Gullisches, das von keiner Seite Mehrheit des Parlamentes gegründet war. Nur ein Mächtigster hätte allerdings nur unbedeutend die Regierung über den Verstoß eines Ministeriums der großen Koalition. Die bayerische Volkspartei entließ sich der Zustimmung bei der Begründung, daß ihr zwar der Verstoß der großen Koalition im höchsten Grade bedauerlich sei, daß sie aber Bedenken wegen der Annahmehaltung der neuen Regierung habe. Nachdem die neue Regierung unter Gull und Gull gebracht war, erzielte der Reichstag die anderen Vorlagen in kürzester Frist und ging wieder in die Ferien mit dem höchsten Wohlwollen durch die Bildung eines Ministeriums der großen Koalition, durch Bewilligung hoher Steuern und insbesondere von werbefähigen Steuern, durch Genehmigung der Dollarklausel und schließlich - was als größte Leistung angesehen werden kann - durch Sanktionierung der werbefähigen Gehälter und Löhne. Das Ministerium, eine große Tat vollbracht zu haben, die geeignet ist, die Gesundung Deutschlands herbeizuführen.

Langs hat der Wahn nicht gebauert. Der Reichstag hätte sich bald ein. Der Dollarklausel hätte die Sanktionierung wieder auf sich die Preise haben innerhalb von 14 Tagen eine Höhe erreicht, die zur Katastrophe führen muß. Gewerbebetriebe schließen, weil sie die Gehälter und Materialpreise nicht mehr anbringen können. Die Kaufmannschaft beginnt aus demselben Grunde mit Entlassungen vom Personal und das ist erst der Anfang. Schon jetzt läßt sich mit Sicherheit sagen, daß die Wege, die der Reichstag eingeschlagen hat, nicht zur Gesundung des Vaterlandes führen, sondern dessen Zusammenbruch beschleunigen. Das Ministerium der großen Koalition, von dem man sich so viel versprochen hat, ist und bleibt nur ein Schlagwort, wenn die Zusammenfassung nicht den Erfordernissen einer wirklichen Koalition entspricht. Die Gedanken der bayerischen Volkspartei nicht von der Hand zu weisen. Wie die Ministerielle erregt, hat die Sozialdemokratie die wichtigsten Ministerien befehligt, die für den Gang der Reichsregierung maßgebend sind. Das liegt den Keim eines neuen Reichstages durch sein Geschäft und seine Parteiung auch in der Zukunft, wo die Gegenstände besonders stark sind, der Sozialdemokratie gegenüber, die sich ihr „Opfer“ des Eintritts in die Regierung teuer hat bezahlen lassen. Durchwegs. Gänzlich sind allerdings die Anlagen hierfür nicht.

Wie sich jetzt schon übersehen läßt, erfüllt die Bewilligung der geradezu brutalen Steuern ihren Zweck nicht. Solange der Reichstag sich nicht wieder auf den ersten und obersten Grundgedanken der öffentlichen Finanzverwaltung, das Ausgaben nur bewilligt werden, wenn das hierfür vorhanden ist oder gleichmäßig geschaffen wird, ist jede Begründung unserer Finanzen ausgeschlossen. Obwohl dem Reichstage bekannt ist, daß den Reichsausgaben nur eine Deduktion von 2 Prozent gegenübersteht, so hat er es trotzdem unterlassen, zu prüfen, ob durch die neuen

Steuern, die ganze Volksteile auf das Schwere treffen, auch ein Ausgleich im Staatshaushalt geschaffen wird oder ob dazu noch weitere Steuern notwendig sind. Auch mit heutigen Steuern würde sich das deutsche Volk abfinden, wenn es die Gewissheit hätte, daß durch den Ausgleich im Staatshaushalt hergestellt wird, und wenn es die weitere Gewissheit hätte, daß der Reichstag von nun an ausschließlich gegen die Deduktion der Steuern arbeitet. Diese Gewissheit hat der Reichstag bei den neuen Steuern nicht. Diese Steuern sind, solange der Reichstag bei seiner verantwortungslosen Finanzverwaltung bleibt, letztlich ein Opfer auf den heißen Scheitern. Sie hätten nicht nur auf eine kurze Zeit den Markstand dessen können, wenn nicht der Reichstag in derselben Tagung die Goldlöhne und Goldgehälter wieder ohne Deckung sanktioniert hätte. Dieses unglückselige Schlagwort des Goldlohns hat eine furchtbare Verwirrung angerichtet und geradezu existenzbedingende Folgen gesetzt. Dem Reichstage müßten doch die notwendigen Folgen der Einführung des Goldlohns bekannt sein. Bereits am 10. Januar 1923 war in einer unglückseligen Zeitschrift über die Goldlöhne folgendes zu lesen: „Mag als die zur Verfügung stehenden Gütermengen können unmöglich zur Verteilung gelangen. Von dieser Erkenntnis aus ist auch die Frage der sogenannten „Goldlöhne“ zu beurteilen. Sie werden die arbeitenden Klassen nicht aus dem Elend herausführen können. Es handelt sich bei einer Forderung nach Goldentlohnung natürlich nicht um eine Abzahlung in wirklichen Gold, weil es gar nicht bestünde, sondern um Zugrundelegung eines Goldbarges, der in Papiermark umgerechnet werden soll. Nehmen wir also an, es ließe Goldlöhne und Goldgehälter wieder heute veranschaulichen. Hätten sich durch diese einfache Maßnahme die vorhandenen Konsumgüter auch nur im geringsten Maße vermehrt? Würde hierdurch die kleinste Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht? Natürlich nicht. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, würden sich die Preise sofort den veränderten Löhnen anpassen.“

Die Zeitschrift, in der diese Lage und jedem objektive Denkenden einleuchtende Ausführungen über die sogenannten Goldlöhne fand, ist nicht ohne ein hervorragendes Organ der Sozialdemokratie „Die Neue Zeit“. Was das sozialdemokratische Organ schon vor vielen Monaten voraus sagte, ist in geradezu erschreckender Weise eingetreffen. Mit der Sanktionierung der Goldlöhne hat der Reichstag den Arbeiter und Arbeiter nichts genutzt, aber ganze Schätze dem Staat entzogen. Mit den Goldlöhnen sind selbstverständlich die Goldpreise gekommen und der Arbeiter, Angestellte und Arbeiter kann sich seinen Goldlöhnen nicht leisten. Er hat sich seinen Löhnen nicht mehr aber der Mittelstand, sowohl er noch nicht durch die letzte Wirtschaftskrisis ruiniert ist endgültig ruiniert. Kaufleute und Gewerbetreibenden sind gezwungen, einen Teil ihres Vermögens zu verlassen oder ihre Betriebe ganz zu schließen. Alles das führt jedoch den Reichstag nicht. Was die Goldlöhne noch unergiebiger macht, ist die Tatsache, daß dem Goldlohn der Vorzugzeit nicht die Leistung des Arbeitnehmers in der Vorzugzeit gegenübergestellt wird. Wenn der Arbeitgeber schon verdrückt wird den Goldlohn der Vorzugzeit zu zahlen, dann muß es auch berechtigt sein, die Leistungen der Vorzugzeit von dem Arbeitnehmer zu verlangen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn man gerecht sein will, so darf man den Arbeitgeber, der den Goldlohn der Vorzugzeit nicht verpflichtet, statt eines, zwei Arbeiter für eine Leistung der Vorzugzeit zu bezahlen, einen ferten und unfähigen Arbeiter den gleichen Lohn wie einem fleißigen und tüchtigen Arbeiter zu zahlen. Der Arbeitgeber muß sich frei sein in der Annahme und Entlassung seiner Arbeitnehmer. Das ist der gesunde Punkt an dem weitestens im Reichstage niemand zu rufen mag. Obwohl ein jeder weiß, daß man durch Mehrarbeit eine Gesundung unserer Wirtschaft herbeiführen kann, wird im Reichstage dafür nichts getan, weil man die großen Erzeugnisse der Revolution, den ausländische Arbeitskräfte, die Tarifvertragsgesetzgebung und die Bestimmungen des Arbeitsvertrages nicht aufgeben will. Dagegen darf nicht gerührt werden. Dagegen darf nicht auf Grunde gehen sollte. Nicht einmal für eine vorübergehende Aufhebung dieser Gesetzgebung und einer wesentlichen Einschränkung für die Reichstag zu haben. Es kann uns aber nur eine Maßnahme und zwar eine solche, die auch die Arbeit der Vorzugzeit überleitet

### Seltene Enthüllungen.

Berlin, 27. August. Unter der Ueberschrift „Ein öffentlicher Stempel“ beschäftigt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (nach einer anderen Meldung die „Deutsche Tageszeitung“) heute mit der Tatsache, daß die Empfänger von Vierteljahresgehältern am 26. August außer dem Deurenungsantrag für die zweite Augusthälfte auch für Septemberberechtigt, das sich auf einem Deurenungsantrag von 13 500 Prozent aufbaut, erhalten haben. „Diese Tatsache“, schreibt das Blatt weiter, „wurde nur dadurch der Öffentlichkeit bekannt, daß verantwortungsbewußte Beamte sich auf die Presse wandten. In einem uns mitgeteilten Falle erhielt ein Beamter der Klasse 12 am Donnerstag mehr als 500 Millionen Mark ausgezahlt. Erst durch scharfes Aufreihen zahlreicher Pressevertreter in der amtlichen Pressekonferenz ist man dieser unerhörten Verfühlung, die noch auf das Konto des Schädlinges Vermeis (1 ein fischerer Ausdruck rechtsgerichteter Kräfte, aber erst in neuerer Zeit), geht, auf die Spur gekommen. Hier liegt eine große Verletzung der Öffentlichkeit vor, und es ist ein öffentlicher Stempel, daß jetzt in aller Heiligkeit trotz der gegenteiligen offiziellen Mitteilungen die Nachzahlung wieder statt für 14 Tage für sechs Wochen vorausbezahlt wird. Hier hat sich zwischen Regierungsvertretern und Beamtengeheimnissen gegen die Reichsfinanz eine Einheitsfront gebildet, deren Unschädlichmachung die erste Voraussetzung für die Finanz- und Währungsreform ist.“ Man wird die Aufklärung über diese Dinge abwarten müssen.

### Zur Anpassung der Löhne und Gehälter.

Berlin, 25. August. Die von der Zentralarbeitsgemeinschaft eingesetzte paritätische Kommission zur Klärung der Frage der Lohnlöhne kam zu folgender Einigung: „Als Grundlage der Anpassung für die Anpassung der Löhne und Gehälter soll der Kleinhandelsindex dienen, jedoch sollen auch der Dollarklausel und die Großhandelspreise berücksichtigt werden. Auch über die Frage eines angemessenen Reallohnes gelangte man zu einer prinzipiellen Übereinstimmung. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands, der deminterten Produktion und der Erhaltung der Exportfähigkeit hält man zwei Drittel des Preisindexes als eine angemessene Grundlage für die Festlegung der Tariflöhne.“

### Frankreich ist mit der belgischen Note zufrieden.

Wie Havas meldet, hat die französische Regierung, nachdem sie von dem Text der belgischen Antwort auf die englische Note Kenntnis genommen hat, die belgische Regierung werten lassen, daß sie weder gegen den Inhalt, noch gegen die Form der Note irgend eine Einwendung zu machen habe, daß sie der belgischen Regierung volle Freiheit lasse, dieses Dokument, so wie es abgefaßt sei, der englischen Regierung zu übermitteln.

### Der bulgarische Gesandte von einem Faschisten erschossen.

Prag, 27. August. Gestern vormittag wurde in Prag Emichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag Major Daschloff, der sich in Begleitung von Dr. Ivan Bojabeff befand, von dem 26 Jahre alten Athanassi Mitloff aus Sofia durch 4 Revolverkugeln tödlich verletzt. Dr. Bojabeff wurde leicht verletzt. Der Täter wurde verhaftet. Daschloff ist im Sanatorium bei der Operation seiner Verwundung erlegen.

retten. Ohne Ausgleich der Finanzen im Staatshaushalt und Mehrheit in der Wirtschaft ist eine Gesundung unmöglich. Erreichte wird dies nicht, dann kommt die internationale Finanzkontrolle unbedingt. Die Finanzkontrolle wird dann (von dem Ausgleich der Finanzen und der Währungsreform) zu erzwingen. Sie wird auch vor den großen Erzeugnissen der Revolution nicht halt machen. Das sollte doch auch der Reichstag und seine Parteien bedenken, dessen Verantwortlichkeit mit der Einführung der Finanzkontrolle zu Ende ist.